

3. Zwischenbericht zum Projekt der UOKG

Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der SBZ/DDR

1945 bis 1990

Sehr geehrte politische Häftlinge der SBZ/DDR,

Sehr geehrte Vertreter von Wirtschaft, Politik und Presse.

Seit dem 2. Bericht sind fast neun Monate vergangen. Ich möchte Ihnen mitteilen, was in dieser Zeit in den fünf Feldern geschehen ist, die wir im Projekt „Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der SBZ/DDR“ bearbeiten:

- Öffentlichkeitsarbeit
- Kontakt mit ehemaligen politischen Häftlingen
- Sammlung von Daten und Zeitzeugenberichten
- Gespräche mit Konzernen und Vertretern der Wirtschaft
- Gespräche mit Politikern

Ziel aller Aktivitäten bleibt weiterhin, Entschädigungsleistungen für die Zwangsarbeit der politischen Häftlinge zu erreichen. Wir denken dabei an finanzielle Zuwendungen, erleichterte Bedingungen für körperlich Geschädigte und ein System von Beratung und Lebenshilfe für die Bewältigung der bis heute andauernden psychischen Folgen. Die Ausgestaltung dieser Hilfen sollte im Dialog zwischen den Opferverbänden, der Politik und Wirtschaft verhandelt werden. Der von der UOKG geforderte Runde Tisch zur DDR-Zwangsarbeit ist noch nicht in Sicht.

Inhalt

1. Öffentlichkeit.....	2
2. Kontakt.....	4
3. Sammlung von Daten und Zeitzeugenberichten	5
4. Gespräche mit der Wirtschaft.....	6
5. Gespräche mit der Politik	7
Fazit.....	8

1. Öffentlichkeit

Im Zentrum der Arbeit im zweiten Halbjahr 2015 stand die Erarbeitung der Ausstellung „Hammer Zirkel Stacheldraht. Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR“. Die Ausstellung entstand in Kooperation zwischen der UOKG, der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Landeszentrale für politische Bildung von Sachsen-Anhalt sowie dem Bürgerkomitee Magdeburg. Sie ist als Wanderausstellung konzipiert und soll an möglichst vielen Orten in Deutschland gezeigt werden.

2

Eröffnet wurde sie am 11. November durch den Landtagspräsidenten Detlef Gürth im Gebäude des Landtages von Sachsen-Anhalt. Dadurch hatten die Abgeordneten und Mitarbeiter des Landtages ausführlich Gelegenheit, sich mit der Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR zu befassen.

Die Ausstellung umfasst 22 Tafeln und ist in fünf Kapitel gegliedert. Im 1. Kapitel wird gezeigt, dass die Zwangsarbeit in den westlichen Nationen seit Beginn des 20. Jahrhunderts immer weiter eingegrenzt wurde. In der Sowjetunion dagegen wurde die Zwangsarbeit zum Bestandteil des Wirtschaftssystems. Als sich das sowjetische Imperium nach dem 2. Weltkrieg bis nach Mitteleuropa ausbreitete, wurde auch hier die Kombination aus politischer Verfolgung und Zwangsarbeit die Regel. Eine Karte zeigt beispielsweise die Zwangsarbeitslager in der damaligen Tschechoslowakischen Republik. Schwerpunkt der Präsentation sind allerdings die Haftanstalten in den DDR-Bezirken Halle und Magdeburg, heute Sachsen-Anhalt. Erstmals werden Listen mit Betrieben veröffentlicht, die von der Zwangsarbeit politischer Häftlinge profitierten. Zu Wort kommen Zeitzeugen, welche die Zwangsarbeit mit prägnanten Worten beschreiben. Zur Ausstellung gibt es eine Begleitbroschüre, die alle wichtigen Inhalte der Ausstellung sowie eine ausführliche Einleitung enthält. Wir hoffen, dass diese Ausstellung nun an vielen Orten in Deutschland gezeigt wird. Interessenten melden sich bitte bei der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Birgit Neumann-Becker in Magdeburg.

Ein wichtiges Ergebnis der Öffentlichkeitsarbeit war, dass nunmehr sich auch andere Institutionen eigenständig mit der DDR-Zwangsarbeit befassen:

Im Juni 2015 erschien eine von Staatssekretärin Iris Gleicke in Auftrag gegebene Studie zur Zwangsarbeit, die bestätigte, dass die Untersuchungen der UOKG (Christian Sachse) seriös und korrekt sind.¹ Folgerungen aus der Politik blieben allerdings aus.

Professor Johannes Weberling (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder) gab einen Sammelband mit dem Titel „Zwangsarbeit in der DDR – ein offenes Thema gesamtdeutscher Aufarbeitung.“ heraus.² Besonders lesenswert ist darin der Aufsatz von Professor Johannes Weberling, der die rechtlichen Gründe benennt, warum die Bundesregierung in der Pflicht bleibt, das Unrecht der Zwangsarbeit zu entschädigen. Die Psychologin Stefanie Knorr vergleicht in einem weiteren Aufsatz die Folgen der Zwangsarbeit mit denen der Folter. Christian Sachse und Tobias Wunschik präsentieren neue Details aus den Forschungsbereichen „System der Zwangsarbeit“ und „westliche Nutznießer“.

Zuarbeit leistete die UOKG für die Sendung von Report/Mainz über die Zwangsarbeit in der DDR „Ausgebeutet für den Klassenfeind“, in der erstmalig auf die Rolle der chemischen Industrie hingewiesen wurde. Als besonders wertvoll hat sich erwiesen, dass wir in der Lage sind, Kontakte zu einer großen Zahl von Zeitzeugen herzustellen. Die Sendung lief in der ARD und in 3sat – und wird hoffentlich gelegentlich wiederholt. Aber auch so ist der Film von Achim Reinhardt und Claudia Butter auf der Website von Report/Mainz nebst weiteren Materialien abrufbar.³

Im September 2015 lud der Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen von Thüringen, Christian Dietrich, zu zwei Veranstaltungen ein. Erstmals kam damit die Zwangsarbeit in den sogenannten Jugendhäusern zur Sprache, in denen Jugendliche inhaftiert waren, denen politische Straftaten vorgeworfen wurden (Ichershausen). In Unterwellenborn berichtete der Wehrdienstverweigerer zu DDR-Zeiten und heutige Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz (CDU) über seine Erfahrungen im Stahlwerk Maxhütte. Einige Besucher waren eigens aus weit entlegenen Teilen Deutschlands angereist. Die Bewohner beider Orte waren kaum vertreten.

¹ Wölbern, Jan Philipp: Die historische Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge im Strafvollzug der DDR. Hrsg.: Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer Iris Gleicke, Berlin 2015.

² Weberling [Hrsg.], Johannes: Zwangsarbeit in der DDR - ein offenes Thema gesamtdeutscher Aufarbeitung. Nomos Verlag, Baden-Baden 2015.

³ <http://www.swr.de/report/ausgebeutet-fuer-westfirmen-ddr-zwangsarbeiter-in-der-chemieindustrie/-/id=233454/did=16047070/nid=233454/1jaiojj/>

Noch nicht veröffentlicht sind die Ergebnisse der Forschungsarbeiten der Deutschen Bahn, die Bahn-Chef Rüdiger Grube im November 2014 angekündigt hatte. Das Buch soll nun spätestens im März 2016 erscheinen.

DDR-Zwangsarbeit wird immer einmal in Zeitungen und Radiosendern zum Thema gemacht, so zum Beispiel die Journalistin Gabriele Knetsch in Bayerischen Rundfunk im August 2015. Dennoch kann man nicht behaupten, das Thema sei in der Öffentlichkeit angekommen.

2. Kontakt

Der Kontakt mit ehemaligen Häftlingen hat sich aus zweierlei Gründen als Arbeitsschwerpunkt herauskristallisiert. Viele ehemalige politische Häftlinge suchen Belege für bestimmte körperliche oder psychische Folgen der Zwangsarbeit. Als ein Beispiel unter vielen seien die chronischen Quecksilbervergiftungen aus Bitterfeld genannt, die trotz manifester Merkmale von den Gutachtern in Abrede gestellt werden. Hier können Mithäftlinge bestätigen, unter welchen Bedingungen die Zwangsarbeit in den Chlorbetrieben des Chemischen Kombinates Bitterfeld erfolgte. Als zweites Beispiel können Häftlinge angeführt werden, die chronische körperliche Krankheitssymptome unabhängig voneinander auf Dämpfe in der Produktion von elektronischen Bauteilen in ungelüfteten Räumen zurückführen. Für eine systematische Zusammenfassung gibt es noch nicht genügend Belege. Es wird aber daran gearbeitet. Wir sind daher weiter auf Zuschriften und ausgefüllte Fragebögen angewiesen. Schreiben Sie uns!

Diese Unterstützung bei der Anerkennung von Folgen der Zwangsarbeit kann nur effektiv sein, wenn wir auf einen Pool von ehemaligen Häftlingen zurückgreifen können, die zur Aussage bereit sind. Aus diesem Grunde ist die Fragebogenaktion über das Ende der Forschungsarbeiten hinaus fortgeführt worden, mit der wir Zeit, Ort, Arbeitsbedingungen, nutznießende Betriebe und Folgen der Zwangsarbeit erheben. Auf diese Weise sind nunmehr über 500 Informationen von ca. 320 Häftlingen zusammengetragen worden. Manche Betroffene haben uns Dokumente geschickt, einige sind ausführlich interviewt worden. Hier erhalten wir neben den schriftlichen Dokumenten neue und gewichtige Argumente gegenüber heutigen Firmen, mit denen wir verhandeln. Wichtig ist es immer wieder, seriösen Journalisten, die über die DDR-Zwangsarbeit berichten wollen, glaubwürdige Zeitzeugen zu vermitteln. Dafür

kommen allerdings nur solche ehemaligen Häftlinge in Frage, die sich ausdrücklich dazu bereit erklärt haben.

Nicht unerwähnt soll auch bleiben, dass manche Häftlinge aus den Kontakten neue Ermutigung erfahren, in einer gerechten Sache doch noch vor Gericht zu ziehen, oder froh sind, ihre Geschichte einfach einmal erzählen zu können, ohne dass sie jemand ständig in Zweifel zieht.

3. Sammlung von Daten und Zeitzeugenberichten

Zeitzeugenberichte, Fragebögen, Zuschriften, Presseberichte, Dokumente und Untersuchungen anderer Autoren werden in einer Datenbank gesammelt. Damit können oftmals in kürzester Zeit Aussagen über eine bestimmte Haftstätte, die nutznießenden Betriebe, Urteile über die Arbeitsbedingungen oder auch die Folgewirkungen bereitgestellt werden. Diese speziellen Aussagen benötigen wir, um im Gespräch mit den Nachfolgefirmen genaue Angaben über die Zahl der Häftlinge, die Art der Arbeit und den Zeitraum machen zu können. Bereits jetzt können wir aber auch einzelnen DDR-Häftlingen Nachweise an die Hand geben, die ihnen in Auseinandersetzungen mit Behörden helfen können.

Insgesamt sind nunmehr 5.500 Angaben zusammengekommen. Diese Zahl scheint sehr groß zu sein, ist jedoch angesichts der 40 Jahre DDR-Geschichte, einer großen Zahl von Lagern und Gefängnissen sowie insgesamt etwa 500.000 Häftlingen (davon vermutlich mehr als 200.000 politische) immer noch nicht ausreichend. Aus diesem Grunde wurden auch im Jahr 2015 weitere Dokumente erfasst und ausgewertet. Dies geschah vor allem für die Bezirke Magdeburg und Halle, da hier wegen der Ausstellung ein besonderer Forschungsbedarf bestand. Auf diese Weise konnte zum Beispiel eine DDR-weite Zusammenstellung von Betrieben für das Jahr 1973 erarbeitet werden. Ebenso wurde eine umfangreiche Liste erstellt, in der die nutznießenden DDR-Betriebe von 1945 bis 1989 im heutigen Sachsen-Anhalt aufgeführt sind. Weiter solche Zusammenstellungen wären sehr hilfreich. Dazu braucht es aber Personal und Geld. Finanzieren sollen diese Projekte die betroffenen Firmen oder ihre Nachfolger.

Vorangetrieben wurden die Gespräche mit Vattenfall, MIBRAG und LMBV für ein Forschungsprojekt, das die Zwangsarbeit von Häftlingen im DDR-Bergbau untersuchen soll. Untersucht werden sollen in diesem Projekt auch die Haft-

und Arbeitsbedingungen im Kupfer-, Kali-, Stein und Braunkohlebergbau sowie im Gebiet der Wismut.

Das Menschenrechtszentrum Cottbus, das die Geschichte des Zuchthauses Cottbus aufarbeitet, untersucht die Zwangsarbeit an dieser Haftstätte und will einen dazu eine Sonderausstellung einrichten.⁴

Diese wissenschaftlichen Forschungsarbeiten erscheinen manchem ehemaligen Häftling als Zeitverschwendung. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass wir unsere Gegenüber nur zum Handeln bewegen können, wenn wir „harte Fakten“ präsentieren können. Aus diesem Grund werden wir die Forschungen trotz gelegentlichen Widerspruchs weiter fortführen.

Ermutigend ist, dass sich zunehmend Schüler und Schülerinnen, Studenten und Studentinnen dem Thema DDR-Zwangsarbeit zuwenden. Dadurch entstehen Studien zu Einzelfragen, die ansonsten nicht bearbeitet werden können. Die Zuwendung der jungen Generation zu diesem Fragekreis sollte Politik und Wirtschaft als Warnung dienen: Die Frage nach der Zwangsarbeit in der DDR lässt sich nicht durch Aussitzen bewältigen.

Wir sehen unsere Aufgabe weiterhin darin, junge Menschen, die sich an eine solche Forschungsarbeit wagen, nach Kräften zu unterstützen.

4. Gespräche mit der Wirtschaft

Über die bisher mit Vattenfall, MIBRAG, LMBV und der Bahn geführten Gespräche hat sich ein weiterer Ansatz mit Galeria Kaufhof ergeben. Galeria Kaufhof hat sich inzwischen zur Zwangsarbeit in der DDR öffentlich geäußert:

Die westlichen Firmen sollten sich aus Respekt vor den ehemaligen politischen Häftlingen an einer Aufklärung aktiv beteiligen. Dazu könnte ein freiwilliger Fonds dienen, in den alle Unternehmen einzahlen, die von zwanghafter Arbeit durch politische Häftlinge in der DDR profitiert haben.

Gerd Koslowski, Leiter Unternehmenskommunikation, Galeria Kaufhof GmbH

Die anderen ebenfalls angeschriebenen Versand- und Kaufhäuser haben sich zu weiterführenden Gesprächen bisher ablehnend geäußert. IKEA steht weiter zu seiner Zusage und sollte den deutschen Handelshäusern als Vorbild dienen:

⁴ <http://www.menschenrechtszentrum-cottbus.de/forschung/forschungsvorhaben.html>

Wir stellen uns selbstverständlich unserer unternehmerischen Verantwortung, dieses Kapitel aufzuarbeiten. Die UOKG versucht momentan, Firmen und Politik an einen runden Tisch zu holen, damit über einen Fonds zur Aufarbeitung geredet werden kann. Natürlich sind wir bereit, unseren Beitrag dazu zu leisten.

Peter Betzel, Geschäftsführer IKEA-Deutschland

Geplant ist in diesem Jahr noch die Kontaktaufnahme mit Firmen der chemischen Industrie. Hierzu wollen wir vor allem auf die Veröffentlichungen von Report/Mainz zurückgreifen.

7

5. Gespräche mit der Politik

Politiker haben sich in der Öffentlichkeit so gut wie nicht zur Zwangsarbeit von politischen Häftlingen in der DDR geäußert. Deshalb sind wir umso dankbarer, dass sich der Abgeordnete des Bundestages, Kai Wegner (CDU) und die Parlamentarische Staatssekretärin Iris Gleicke öffentlich geäußert haben.

Das Thema Haft-Zwangsarbeit ist mir sehr wichtig, ich werde mich auch künftig an der Aufarbeitung dieses Unrechts beteiligen. Dabei sind auch die Unternehmen gefordert, die damals profitiert haben. IKEA, Deutsche Bahn und der Kaufhof gehen da mit gutem Beispiel voran – gut so.

Parlamentarische Staatssekretärin Iris Gleicke, Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Länder

Hoffnungsvoll stimmt das Statement von MdB Kai Wegner. Es steht die ernsthafte Frage, warum die anderen Abgeordneten nicht seinem Beispiel folgen:

Bei der Aufarbeitung der DDR-Zwangsarbeit darf es keinen Schlussstrich geben. Unternehmen mit Verbindung zum System der DDR-Zwangsarbeit sollten gemeinschaftlich einen Fonds auflegen, um weitere Forschungs- und Aufklärungsarbeit zu finanzieren und besondere Härtefälle finanziell zu entschädigen.

Kai Wegner, Bundestagsabgeordneter der CDU

Schließlich ist auf das Engagement des Landtagspräsidenten von Sachsen-Anhalt Detlef Gürth (CDU) hinzuweisen, dem wir verdanken, dass die oben beschriebene Ausstellung „Hammer Zirkel Stacheldraht“ den Abgeordneten der Landtages präsentiert wurde. Zumindest diese Abgeordneten können nun nicht

mehr behaupten, dass sie keine Gelegenheit hatten, sich mit der DDR-Zwangsarbeit zu beschäftigen.

Fazit

Eine Reihe von politischen Häftlingen hat mich bereits darauf angesprochen. Die Fortschritte sind so klein, dass manche älteren Häftlinge berechtigte Sorge hegen, dass sie Entschädigungszahlungen nicht mehr erleben werden. Das wäre ein Armutszeugnis für unser Land. Wir werden weiter für Entschädigungen kämpfen. Schließlich sollten wir wieder einmal über öffentlichen Protest und Demonstrationen nachdenken.

Dr. Christian Sachse

Beauftragter der UOKG

zur Aufarbeitung der Zwangsarbeit in der SBZ/DDR

Tel. Büro: 030 55 77 96 21 (gut erreichbar: Do 10-14 Uhr)

Handy: 0178 1974 9 08

Info: www.ddr-zwangsarbeit.info

www.christian-sachse.de